

# Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volkstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage). Verantwortlicher Redakteur für den Zeitungs- und Druckvertrieb: Carl Weidmann, für die Anzeigenverwaltung: Carl Weidmann, Halle, für den hiesigen Anzeigenteil: Carl Weidmann, Halle, für den hiesigen Anzeigenteil: Carl Weidmann, Halle. — Druck von C. Weidmann & Co., Merseburg, Große Mühlstraße 2. — Preis: 10 Pfennig. — Verlags- und Expeditionsadresse: Halle, Große Mühlstraße 2. — Fernsprecher 507.

Nr. 23.

Halle, Mittwoch den 27. Juni 1917.

1. Jahrgang.

## Das Gebot der Stunde.

In dem Zustand der Verwirrung, um nicht zu sagen der Notlosigkeit, der in der letzten Zeit manche streife außerhalb des Proletariats erlitt, hat der Aufsatz, den Genosse Scheidemann am Sonntag im „Vorwärts“ veröffentlicht, vielleicht doch einen etwas stärkeren Eindruck gemacht, als er sonst Zeitungsartikeln zukommt. Dafür liegen zunächst wenigstens zwei äußere Anhaltspunkte vor. Erstens war die Nummer des „Vorwärts“, die jenen Artikel enthielt, in Berlin schon in den frühen Morgenstunden vergriffen, und zweitens beschäftigte sich die bürgerliche Presse mit diesem Artikel ungewöhnlich lebhaft.

Eine Frontveränderung dieses innern Kampfes ist zunächst nicht zu bemerken. Es ist selbstverständlich, daß das „Berliner Tageblatt“ von links einmündet und das Organ des Bundes der Landwirte, die „Deutsche Tageszeitung“ von rechts.

Am „Berliner Tageblatt“ widmet Paul Michaelis den Ausführungen Scheidemanns einen Leitartikel, in dem er sehr richtig den Schwerpunkt der Darstellungen in jenen Tagen findet, in denen es heißt, eine durchgreifende Demokratisierung Deutschlands sei jetzt nötig, und in dieser Erkenntnis sollte jetzt das ganze Volk ohne Unterschied der Partei zusammenstehen. Michaelis schreibt:

Der Nachdruck liegt hier nicht auf der Neuorientierung und den innerpolitischen Reformen, die eines Tages abzuheilen kommen müßten. Er liegt auf dem „Jetzt“. Wir haben immer wieder hören müssen, daß die innerpolitische Neuordnung kommen soll, aber wir wurden auf eine unbestimmte Zukunft verwiesen. Das geht nicht länger mehr. Die Stunde ist erfüllt, und der Augenblick der inneren Reue ist nicht mehr verlorengelassen. Das parlamentarische Regierungssystem ist die erste reife Frucht, die vom Baume der Neuorientierung fallen muß. Das gleiche Wahrecht in Frankreich und die Parlamentarisierung der Bundesstaaten muß ihr notwendig folgen. Damit wäre der Anfang gemacht. Wogte man, daß auch dann die Ansprüche weitergehen. Aber wer wollte daran zweifeln, daß sich das Deutsche Reich durch eine demokratische Erneuerung eine viel

höhere Stellung seinen Feinden gegenüber sichern würde? Hier heißt es, die Stunde müßte. Auf innerpolitischen Gebiet muß das Vordringen und Zudrängen ein Ende sein, wenn auch die Freiheit nach außen gegen alle Bedrohungen gesichert bleiben soll.

Es wäre dringend zu wünschen, daß sich solche offenen und ehrlichen Stimmen in der bürgerlichen Presse wiederholen. Sie sprechen doch nur aus, was heute Hunderttausende, die nicht zur Sozialdemokratie zählen, ganz richtig erkannt haben und was — von einem kleinen Fährten ein-geldwahrer konservativer Parteipolitiker abgesehen — mit jedem Tage mehr die gemeinane Überzeugung aller poli-tisch Denker wird. Es ist ein ganz gewaltiger Irrtum, wenn man annimmt, es handle sich hier etwa nur um einen Veränd, eine besondere Mahnung für günstiger Ge-legenheit durchzudrücken. Nein, die Dinge liegen eben so, daß die Erfüllung dieser ursprünglichen Klassenforderung eben eine wirkliche

Lebensnotwendigkeit für das ganze Volk geworden ist. Hier ist der Punkt erreicht, wo eine Partei-gelöst aufhört. Parteifach zu sein und zur Allgemein-volkssache wird.

Daß sich die Konservativen dieser für sie überaus schmerzlichen Erkenntnis solange als dies irgend geht, entziehen möchten, ist menschenlich nur allzu verständlich. Man begriff also, daß die „Deutsche Tageszeitung“ den Zusammenhang zwischen äußeren und inneren politischen Schick-salen, wie Scheidemann ihn angedeutet hat, nicht anerkennen will. Aber man hat das Gefühl, daß der Bolschewik sich der Schwäche seiner eigenen Stellung selbst bewußt sein müßte, wenn er schreibt:

Er (Scheidemann) stellt es so hin, als ob die Entente als hauptgeschäftliches Kriegsziel die Demokratisierung Deutschlands betrachtet und verzeihen vollständig, daß die politische und wirtschaftliche Vernichtung des Deutschen Reiches als ein-zig wahres Kriegsziel der Entente angesehen ist, und daß die Partei von der Demokratisierung Deutschlands von den Gegen-sätzen nur als Mittel zum Zweck angewendet wird, um

das feite Gefüge des Reiches, das sich in diesem Kriege be-währt hat, zu erschüttern; und um eine demokratische Rea-gierung in Deutschland zu schaffen, von der man hofft, daß sie ihre Aufgabe in der Zukunft darin erkläre, mit den Demokra-tien in England, Frankreich und Amerika freundschaftlich zu sein und nicht zu unternehmen, was die Interessen dieser letz-ten Reiches verletzen und dadurch den Weltfrieden gefährden könnte.

Der Mann der „Deutschen Tageszeitung“ erkennt ganz richtig, daß die politische und wirtschaftliche Vernichtung des Deutschen Reiches das wahre Kriegsziel der führenden Entente-Politiker ist. Aber an der Bedeutung, die die „Brosche“ von der Demokratisierung gewonnen hat, läuft er eilends vorüber. Die Vernichtungspolitik der Entente haben mit einem Blick, der durch Feindschaft geklärt ist, die Blöße Deutschlands richtig erkannt, und sie bedienen sich nun der „Brosche“ von der Demokratisierung als der gefährlichsten Waffe.

Und in dieser Lage, wo es um Leben und Tod des deutschen Volkes geht, sollen wir auf das einzig denkbare, das einzig wirksame Abwehrmittel verzichten, weil die konservativen Fraktionspolitiker uns seine Anwendung nicht erlauben?

Der Artikelstreiter der „Deutschen Tageszeitung“ spricht selbst aus, daß England, Frankreich und Amerika entgegen, mit einer künftigen deutschen Demokratie Frieden halten zu können, und er gibt damit im Grunde genommen mehr zu, als Scheidemann in seinem Artikel behauptet hatte. Scheidemann hatte die Demokratisierung Deutschlands als ein nicht unbedingt sicheres aber doch ausstichsloses Mittel bezeichnet, um mit der feindlichen Welt zu einem Verständigungs-frieden zu gelangen. Nach den Ausführungen der „Deutschen Tageszeitung“ aber könnte man an der unbe-dingten Wirkung dieses Mittels nicht mehr zweifeln.

Das deutsche Volk hat vor sich selbst und vor der ganzen Welt die Pflicht, jeden gangbaren Weg zu gehen, der zu einem baldigen christlichen und dauerhaften Frieden führt. Ist die Demokratisierung Deutschlands als ein solcher gangbarer Weg erkannt, dann darf sich das Volk nicht daran hin-dern lassen, ihn zu beschreiten. —

## Sozialdemokratie und Feldgrau.

### II. Löhnung.

Die Löhnung der Soldaten beträgt bei den nichtberittenen Gruppen im Frieden 33, im Kriege für mobile Truppen 53 Pf. pro Tag; die Löhnung in Kasernen untergebracht Soldaten beträgt pro Tag 10 Pf. Waren die Lebensverhält-nisse schon an sich unerschwinglich, so wurden sie nach Kriegs-zusatz geradezu zu einer Quelle von Unheimlichkeiten aller Art. Die Kriegszuschlagsordnung entbehrt jeder klaren Bestimmung darüber, wann ein Truppenteil als mobil oder in mobil anzusehen ist. So kam es, daß Truppenteile, die im Inland stan-den, als mobil angesehen und entlohnt wurden, während Trup-pen, die als Besatzungsmannschaften, als Bahnschutz usw. in Feindesland standen, immobill waren. Kam es doch sogar vor, daß in inländischen Garnisonen ein Teil der Truppen mobil, der andere immobill war!

Die Verhältnisse, ganz klare, unentwerrbare Merkmale zur Unterscheidung zu schaffen, schlugen fehl. Im diesen Mischland etwas auszugleichen, brachten die Sozialdemokraten bereits im August 1915 im Haushaltsausschuß den Antrag ein:

Vorfürge zu treffen, daß allen in Feindesland stehenden Mannschaften die Kriegszuschlagsordnung gewährt wird. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Ganz unhaltbar wurde aber der Zustand mit der Kran-kenlöhnung. Diese Löhnung war gedacht für Mannschaften, die wegen Erkrankung in den Lazaretten liegen und dort besondere Ausgaben vor nicht machen können. Der Krieg schuf aber dort andere Verhältnisse. Die Verwundeten wurden in großer Zahl nach vornüber rotti trauern Kurorten zur völligen Wiederherstel-lung gebracht. Sie waren dort zunächst mit einem täglichen Ein kommen von 10 Pf. Die Sozialdemokraten beantragten, auch im August 1915:

Verwundeten und erkrankten Soldaten zu-macht für die Dauer des Krieges und mit der Wirkung vom 1. August 1915 unter Wegfall der Krankenzuschlags-ordnung Löhnung zu gewähren.

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen und von der Regierung rasch durchgeführt. Hoffentlich gelingt es, diese Verbesserung auch im Frieden zu erhalten.

Im Dezember 1915 wurden im Haushaltsausschuß des Reichs-tages wieder Löhnungsfragen behandelt. Das Zentrum forderte eine Erhöhung der Mannschafslöhnung um 50 Prozent. Ein sozialdemokratischer Antrag, der finanziell auf das gleiche hin-ausläuft, forderte:

- a) für alle in Feindesland stehenden Mannschaften mit Wirkung vom 1. Dezember 1915 die Löhnung auf 50 Pf. pro Tag,
- b) für alle im Inland befindlicher Mannschaften mit gleicher Wirkung auf 50 Pf. pro Tag festzusetzen,
- c) die bisher bezahlten Zulagen sollen den Mann-schaften auch weiterhin gewährt werden.

Unser Redner hob sofort den Konflikt hervor zwischen der Regelung der Offiziere und Beamten und der Löhnung der Mannschaften. Den Antrag war eine große Mehr-heit sicher, als vom Zentrum plötzlich der Antrag kam, sie der Re-gierung als Material zu überreichen. Trotz der sehr beweisfähr-lichen Einwände unserer Genossen wurde dieser Antrag im An-schluß angenommen.

Im Plenum wies unser Fraktionsredner eindringlich darauf hin, daß die Ueberreichung als Material ein Vergrä-nis im Papierkorb des Bundesrates bedeutet. Zugleich, das Plenum forderte die Ueberreichung als Material, und die Re-gierung brachte später diesen Antrag zurück, als sie be-hauptete, ein positiver Beschluß des Reichstages auf Erhöhung der Mannschafslöhnung liege nicht vor. Zu einem direkten Beschluß

des Reichstages hätte der Bundesrat Stellung nehmen müssen, da Ueberreichung als Material ein Vergränis im Papierkorb ist.

Schon im März 1916 hat sich die Gelegenheit, erneut auf die Verbesserung der Soldaten zu bringen. Unsere Genossen be-antragten:

- 1. die Löhnung der Soldaten und Gemeinen bei den immobilen Formationen um 30% Prozent zu erhöhen,
- 2. schließlich eine Veränderung der Kriegszuschlagsord-nung — Mannschaften — dahingehend herbeizuführen, daß die Löhnung der unter den Ziffern 60, 61 und 62 aufgeführten Kategorien um 50 Prozent erhöht wird.

Diese Ziffern betreffen Gemeine, Gefreite und Obergefreite. Diese Form wurde gewählt, weil erkannt werden war, eine Um-änderung der Kriegszuschlagsordnung ist während des Krieges unmöglich. Eine Veränderung in der vorgeschlagenen Form konnte natürlich nicht die mindliche Schwierigkeit bieten. Die bei-den Anträge wurden abgelehnt.

Gleichzeitig traten unsere Genossen für eine Verbesserung der Arbeiter in den militärischen Betrieben ein, indem sie beantragten:

zu veranlassen, daß — soweit es noch nicht geschehen ist — die Löhne der Arbeiter in den Militärbetrieben, entsprechend der gegenwärtigen Leistung erhöht werden.

Dieser Antrag wurde angenommen, aber nur sehr unvollkommen durchgeführt.

Im Oktober 1916 forderten unsere Genossen noch, daß den Grenzschutztruppen mobile Löhnung gewährt wird. Zwar wurde auch dieser Antrag angenommen, der Bun-desrat entschied aber, daß für die Bewährung der mobilen Löh-nung kein Anlaß vorliege!

Als dann im April 1917 der Etat des Kriegsministeriums wieder zur Beratung stand, erneuerten die sozialdemokratische Fraktion ihre Forderungen nach einer angemessenen Erhöhung der

Mannschaftslösung, und gleichzeitig forderte sie vom Staats-  
fiskus des Reichsschatzamt Rückstufung darüber, wie er sich an  
dieser Forderung stelle. Als Antwort kam der Hinweis auf die  
hohe Summe, die eine Erhöhung der Mannschaftslösung er-  
fordere, aber — man wolle wohlwollen prüfen!

Am besten läßt sich die ganze Sachlage wohl durch die Tat-  
sache kennzeichnen, daß ein Soldat, der drei Jahre im  
Feld steht, nicht so viel an barem Gelde bekommen hat, als wie  
ein Hauptmann bei einer mobilen Formation in einem  
Monat!

Der Reichstag hat jetzt einstimmig dem Antrag aus-  
gesprochen, daß ein Soldat, der drei Jahre im  
Feld steht, nicht so viel an barem Gelde bekommen hat, als wie  
ein Hauptmann bei einer mobilen Formation in einem  
Monat!

### Urlaub.

In früheren Kriegen nannte man Urlaub aus dem Felde so-  
gut wie nicht. Die Kriege waren Bewegungskriege, die eine Ver-  
urlaubung fast unmöglich machten. Anders in Stellungskriegen,  
wo die Truppe immer rasch wieder erreicht werden kann, und noch  
dazu in einem Kriege von jahrelanger Dauer.

Schon einige Monate nach Kriegsausbruch forderten wir,  
den Mannschaften und Unteroffizieren aus dem Feld Urlaub in  
die Heimat zu geben und, damit der Urlaub bei den rickigen Ent-  
fernungen nicht schließlich zu einem Privileg der Besitzenden  
wird, beantragten wir im Mai 1914:  
zu veranlassen, daß den denklaubenden Mannschaften von jetzt ab  
freie Fahrt in die Heimat und zurück gewährt wird.

Der Antrag fand Annahme und wurde auch bald durchge-  
führt. Daß für die Soldaten damit eine große Erleichterung ge-  
schaffen wurde, steht außer Frage.

Das Bedürfnis nach Urlaub war natürlich groß, und nun  
ergab sich eine neue Schwierigkeit: Viele Soldaten waren 18 Mo-  
nate und länger im Feld, ohne daß sie auch nur einen Tag Ur-  
laub erhalten hätten. Das geschah im März 1916 dem folgenden  
Antrag:

Dahin zu wirken, daß nunmehr sämtlich halb allen Mann-  
schaften und Unteroffizieren, die mindestens seit einem  
Jahre ohne wesentliche Unterbrechung ununterbrochen im  
Feld stehen, entsprechendes Urlaub gewährt wird. Ferner dem  
Reichstag dahingehend eine Verordnung vorzulegen, durch die be-  
stimmte Richtlinien für die Urlaubsgewährung für An-  
gehörige des Heeres und der Marine aufgestellt werden.

Der Antrag wurde angenommen und das Kriegsministerium  
hat auch eine Verfügung hinausgegeben, wonach, wenn es die  
dienstlichen Verhältnisse gestatten, jedem Mann jährlich  
einmal Urlaub erteilt werden soll. Selbstverständlich ist die  
sozialdemokratische Forderung auch mit Entschiedenheit be-  
stärkt, daß der Urlaub bei den heimlichen Mannschaften mög-  
lichst oft Urlaub gegeben wird, wie auch ein weiterer sozialdem-  
okratischer Antrag Annahme fand, den erkrankten oder verwan-  
deten Soldaten vor ihrer Wiedereingliederung ins Feld entsprechen-  
den Erholungsurlaub zu gewähren.

Zu der freien Fahrt erhalten die Urlauber ein Besit-  
zungsgeld von 2 Mark pro Tag für die Dauer des Urlaubs.  
Dieses Besetzungsgeld ist bei Antritt des Urlaubs dem  
Mann auszubringen. Es kommt nur dann in Wegfall, wenn

es sich um den üblichen Sommerurlaub oder um solchen Urlaub  
handelt, der zum Zweck des Übertritts in niedrigeren Reichs-  
dienst wird. Außerdem ist zugesagt worden, mit aller Energie dar-  
auf hinzuwirken, daß jeder Mann, der mindestens seit einem  
Jahre im Felde steht, und noch keinen Urlaub hatte, nunmehr einen  
solchen erhalten soll.

### Das Budget.

Der zum aktiven Dienst einberufene Mann erhält ein Ein-  
geld in Höhe von 740 Mark. Die Mannschaften, die vor der Ein-  
führung des Budgetes gebient haben, erhalten es jetzt bei ihrer  
Einberufung zum Kriegsdienst nachgeschickt. Dieses Budget wird  
auf die zwei aktiven Dienstjahre berechnet, und aus diesem Grund,  
war es voll berechtigt, wenn die Sozialdemokraten den Antrag  
stellten, bei der langen Dauer des Krieges dieses Budget noch  
einmal zu erhöhen. Aber abgesehen davon, sprach auch noch  
ein anderer Grund für den Antrag. Die Offiziere erhielten  
gleich im ersten Kriegsjahr ein zweites Wohlmotivationsgeld,  
wobei es sich immerhin um Summen von recht erheblicher Höhe  
handelte. Der Reichstag stimmte dem Antrag zu, der Bundes-  
rat lehnte ihn ab, weil ein Bedürfnis nicht vorlag. Der  
Antrag wurde dann von den Sozialdemokraten wiederholt, im  
der Reichstag hat jetzt ebenfalls beschlossen:

den Mannschaften und Unteroffizieren, die einschließlich ihrer  
aktiven Dienstzeit mindestens zwei Jahre unter den Fahnen  
stehen, ein zweites Budget zu gewähren.

Das Bedürfnis ist zweifellos schon damit gegeben, daß die  
Soldat heute ganz erheblich höhere Preise für Lebensmittel anzula-  
gen muß.

# Was der Krieg bringt.

## Der Seekrieg.

Ein hundert 5000-Tonnen-Dampfer ver-  
senkt. Laut Mitteilung des Vaterschutz Komitees für die re-  
krutierten Fahrzeuge an die Direktion des finnischen Klub in  
Helsingfors wurde der der genannten Gesellschaft gehörende  
Dampfer „Dermes“ mit einer Besatzung von 5000 Tennen  
am 2. Juni auf der Reise von Ostasien nach Westasien versenkt.  
Der Dampfer war der größte der finnischen Handelsflotte.  
Ferner wurde nach einer Mitteilung vom 18. Juni ein ungenann-  
ter finnischer Dampfer auf der Fahrt nach Schweden im Botni-  
schen Meer durch ein U-Boot versenkt.

Weitere Versenkungen. Nach dem Korrespondenz-  
bureau ist der holländische Dampfer „Telegraf 18“ am  
24. Juni in der Nordsee von einem deutschen U-Boot versenkt  
worden. Auch einer „Tempo“-Reise wurde von Herold aus  
die Versenkung eines griechischen Dampfers durch ein deut-  
sches U-Boot beobachtet; die Versenkung wurde von einem spani-  
schen Zerstörer geteilt.

## Im rasenden Sammel.

Zu dem Sturze des Ministeriums Clam-  
Martini schreibt die Wiener „Arbeiterzeitung“:

In großen Dingen genügt es, gewollt zu haben. War  
es etwas Großes, was Graf Clam am letzten Tage plante?  
Der Gedanke, die zerplitterten, so oft und stark gegenein-  
ander wirkenden Kräfte zu kongressieren und zu der ge-  
meinsamen Arbeit für das von allen als notwendig Er-  
kannte, nämlich für die nationalpolitische Neuordnung zu  
verbinden — der Gedanke ist an sich gewiss einleuchtend.  
Aber daß der Plan dem Grafen Clam nicht gequält ist, ist  
wohl alles andere denn überflüssig.

Graf Clam-Martini begann seine Ministerstadt mit  
dem Gedanken der Entromierung der deutschen „Belange“,  
also, kurz gesagt, mit dem Plane, den Deutschen zu einer  
starken Macht im Staate, ja zu einer Art Vorherr-  
schaft zu verhelfen. Und er soll auf einmal der Mann  
sein, der die nationale Politik überwindet und die  
widerstrebenden Nationen zu einem gemeinsamen Bunde  
vereint? Wenn er diese Idee noch gehabt hätte, bevor  
der Reichstag zusammengetreten war und bevor sich die  
unterschiedlichen Nationalitäten den gegenseitigen Haß ins  
Gesicht geworfen haben! Aber wie soll die Idee eine An-  
ziehungskraft ausüben, wenn sie aus der gemeinen Not ge-  
boren wird, für das Budgetproblem keine Mehrheit zu  
haben? Was ein ernstes und weitumfassendes Regierungs-  
programm sein sollte, erschien so als ein plumpes Aus-  
kunftsmittel.

Möglich, daß die nationalen Parteien ihr Schiff einem  
Ministerpräsidenten anvertraut hätten, der den Eindruck  
des Föhnens, den Eindruck der selbstwütigen Kraft macht;  
dem Grafen Clam-Martini, dem im Verlaufe der öster-  
reichischen Politik herantretenden Stenocher, wollte und  
konnte sich keiner anvertrauen. Nun ist auch diese letzte  
Idee konterkariert, und Graf Clam, der in  
verschiedenen Wollen weil er im Grunde gar nichts will,  
hinterläßt gerade ein politisches Trümmer-  
feld. Es ist eben nicht leicht, einen Staat, den man drei  
Jahre hindurch in Grund und Boden zergeriegt hat, wieder  
aufzurichten, und die Nationen, die man aus verwerf-  
licher Leidenschaft derart gegeneinandergehört hat, nun  
zu einer patriotischen Front zu sammeln. Ein Stings-  
krautiger Erb werden sich noch viele verbluten.

Die Staatsmacht, mit der die politische Krise jeder  
Lösung widerstrebt, zeigt deutlich, daß ein großes Rin-  
gen in Deutschland angebrochen hat. Alle Nationen  
haben das Gefühl, daß es ums Gange geht, daß der welt-  
geschichtliche Augenblick jene nationale Neuordnung er-  
fordert, in der alle Nationen die Möglichkeit und Sicher-  
heit erlangen, ihr Geschick selbstständig zu bestimmen, ihre  
Entwicklung in Freiheit zu formen. Clams Mißerfolg be-  
zeugt, daß jene alte österröische Methode des Verdam-  
dens der Gegenseite, des Sinecismens der Entscheidung

gen, jene falschgemißliche Methode, die den Kopf in den  
Sand steckt und von den Schicksalsfragen sich wegschleichen  
will, daß die Methode, nach der dieser Staat ein paar Men-  
schengenerationen regiert wurde, zu Ende ist.

Die Weltgeschichte, die dieses ganze Europa im rasen-  
den Tempo herumwirft, macht vor Fetterheit nicht halt,  
und die Hoffnung, ihren Wüten Einhalt zu gebieten, ist  
eitel. Die Frage, ob diese Völkerstämme miteinander leben  
können, ist gestellt und muß beantwortet werden.

## Die gefährliche Vereinsamung.

Die Zahl derer, die endlich dahinter kommen, daß die  
sozialistische Demokratisierung Preußens  
Deutschlands nachgerade eine unabwendbare Notwendig-  
keit geworden ist, nimmt erfreulicherweise zu. Jetzt be-  
kennt sich sogar ein Historiker wie Professor Dr. Otto Hintze  
dazu. In der „Europäischen Staats- und Wirtschaftsge-  
schichte“ schreibt er:

Wir müssen uns mit dem Gedanken vertraut machen, daß  
ein entscheidender Schritt zur Demokratisierung eines Staats-  
und Volkslebens zur unummeidlichen Notwendigkeit geworden  
ist. Es kommt nicht darauf an, ob man das mit Jubel begrüßt  
oder mit schweigendem Ernst als ein vielleicht verhängnisvolles  
Gebot der Stunde hinnimmt. Wir sind im Begriff, in  
einen neuen Abschnitt unserer Geschichte einzutreten. Nicht bloß  
unser eigene Entwicklung zwingt uns dazu, sondern auch die  
Umgestaltung der Staatenwelt um uns her. Wir —  
Preußen — können nicht allein inmitten des Reiches,  
des europäischen Kontinents, ja der Welt dem großen Zuge  
der Zeit nach fortschreitender Demokratisierung  
Widerstand leisten. Wir geraten dadurch in eine ge-  
fährliche Vereinsamung unter den Völkern der Erde.  
So wenig wir im Zeitalter der französischen Revolution die  
alten Formen des feudalistischen Staates aufrechterhalten  
konnten, so wenig ist es heute möglich, die alten preußischen  
Ordnungen aus der Zeit Bismarcks, deren Ungültigkeit der  
große Staatsmann doch schon selbst durchschaute, im wesent-  
lichen unbedeutend in die neue Zeit hinüberzunehmen. Eine  
grundliche Reform ist nur tot und ist bereits im Gange:  
eine Reform nicht nur der Institutionen, sondern vor allem  
auch der Geister. Ein entscheidender Seelenumschwung muß  
vollzogen werden, auch vor denen, die mit jeder Faser ihres  
Daseins an der alten Ordnung gehangen haben, es sei denn,  
daß sie sich selbst des politischen Einflusses, der ihnen gebührt,  
begeben wollten.

Die Ausführungen sind um so bemerkenswerter, als  
Professor Otto Hintze bisher liberalen Neigungen durchaus  
„unverdächtig“ war. Zum fünfundsiebzigjährigen Regierungsjubiläum  
der Hohenzollern hatte er, noch kurz vor Kriegs-  
ausbruch, eine umfangreiche „Geschichte der Hohenzollern“  
geschrieben, die einen ziemlich offiziellen Antritt hatte und  
nicht zuletzt gerade die Widerstandskraft dieses Kaiser-  
reichs gegen die Demokratie besonders hervorhob.

## Der Kampf der Agrarier.

Der Plan der Agrarier, einen Kampfunds zu gründen,  
ist in der Presse bereits geteilt worden. Bei der Wichtig-  
keit aber, den das Weibren der Agrarier hat, wollen wir  
den Auftrag zu dieser Sammlung nachstehend wörtlich wieder-  
geben. Er lautet:

„Bundesmitglieder, deutsche Landwirte!  
Am 18. Februar 1918 begaben wir den Tag zum 25.  
Male, an dem einst als bitterer Wehdeaus der Bund der  
Landwirte geboren wurde.

Wieder ist die Zeit bitter ernst. Was wir gelebt in  
25 Jahren, hat sich als wahr erwiesen.  
Tief es uns gelungen ist, die deutsche Landwirtschaft  
leistungsfähig zu erhalten, tief uns allein in dem Stand, wirt-  
schaftlich diesen Krieg zu bestehen. Das meck unser Volk.

Und dennoch verunglückt! Uebelwollen die deutsche  
Landwirtschaft und Freiheit duldet das freie Spiel. Das heißt uns  
erkennen, was unser Kampf in der Kriegszeit harrt:  
Kampf für die Zukunft und die Freiheit der deutschen  
Landwirtschaft.

Kampf für unser geordnetes Staatswesen und unser  
Zukunft gegen die furchtbar gebrachte Revolution  
Kampf für unsere Volkess Zukunft und Größe,  
für das Kampfen gelernt und operieren  
operieren auf dem Schlachtfeld,  
operieren in nimmermüder Arbeit.

operieren, wenn unser Hindernis tief  
So operiert auch jetzt, wenn der Bund euch bittet, schloß  
einen Jubiläumssonds als Kriegsschiff für die  
kommen den Kämpfe. Steuert bei, so viel ihr aufrichtige  
macht, werbt auch bei andern, rüttelt die Säuen nach.

Es gilt abermals der deutschen Landwirtschaft und der  
deutschen Vaterlands Bestand.

Der Vorstand des Bundes der Landwirte.

Die Vorsitzenden:

Herr v. Wangenheim, Dr. Noeide.

Der Direktor: v. S. Blaschka.

Es ist nicht nötig, auf die „großen Opfer“ einzugehen,  
die die Agrarier gebracht haben wollen. Ein jeder weiß die  
Opferfreudigkeit der Agrarier einzuschätzen. Größere Wich-  
tigkeit hat die Bedeutung des Zweckes, den der Kampfunds  
der Agrarier haben soll. Steht denn „Kampf um den  
Stand der deutschen Landwirtschaft“ anders, als daß die  
Nahrungsmittelpreise nach dem Kriege möglichst  
noch höher hinaufgehen sollen als jetzt? Und was heißt  
„Kampf für ein geordnetes Staatswesen und für unser  
Volkess Zukunft und Größe“? Doch nur Kampf gegen Fort-  
schritt und Auffassung! Ohne Zweifel rüft auf der anderen  
Seite der Kapitalismus in der Schwerindustrie zu gleichen  
Zweck, also dabei die Werbetrommel besonders zu schlagen.  
Das deutsche Volk, insbesondere die Arbeiterschaft,  
kann hiervon erleben, was ihm nach dem Kriege bevorsteht,  
wenn es nicht rechtzeitig und nachdrücklich auf der Hut ist  
Grundbedingung hierbei ist eine enge und starke So-  
zialbewegung. Zerplitterung und Brüderkampf über-  
läßt man die Widerstandskraft der Arbeiterschaft und  
unterwirft die Reaktionäre mit ihren Plänen.

## Gas und Elektrizität.

Eine neue Kriegswirtschaftsstelle ist ge-  
gründet worden: die Zentralstelle für Elektrizitäts- und  
Gasversorgung. Zum Kommissar dieser Zentralstelle wurde  
Professor Krübler ernannt. Die Reichsstelle hat ihren Sitz  
in Berlin, Königgräber Straße 28. Ueber den Zweck  
und die Tätigkeit dieser neuen Reichsstelle wurden der Presse  
folgende Mitteilungen gemacht:

In der Elektrizitäts- und Gaswirtschaft hat sich seit  
Beginn des Krieges der Konsum außerordentlich gezeigert.  
Im Jahre 1913 produzierten die öffentlichen Elektrizitäts-  
werken in ganz Deutschland 26 Milliarden Kilowatt-  
stunden; im letzten Jahre 10 Milliarden. In ähnlicher  
Weise ist der Gasverbrauch gewachsen. Im Mai d. J. ver-  
braucht die Stadt Berlin 70 Prozent mehr Gas als im  
Mai des Vorjahres. Die Elektrizitäts- und Gaswerke sind  
aber nicht unerschöpflich, und es muß dafür Sorge getragen  
werden, daß ein Stillstand in der Produktionsleistung  
eintritt, da die Werte nicht in dem Maß erweitert werden  
können, wie der Konsum steigt.

Es muß daher eine Regelung des Verbrauchs an  
Elektrizität und Gas herbeigeführt werden. Es ist eine  
Einschränkung des Verbrauchs durch Zwang nötig, bei dem  
niemand ausgenommen werden soll, weder die Privatver-  
braucher noch die Fabriken. In Berlin soll der Verbrauch  
auf 90 Prozent zurückgebracht werden. Durch Verbrauchs-  
werden die Verbraucher von der Notwendigkeit der Ein-  
schränkung des Konsums überzeugt werden können. Be-  
sondere örtliche Verhältnisse sollen Berücksichtigung finden,  
ebenso sollen die an den verschiedenen Orten bestehenden Ver-  
träge nach Möglichkeit nicht angegriffen werden.

# Lebessaft ins Feld!

Es wird wieder einmal mächtig gesammelt. Man will einen Opfertag veranstalten für die Kriegerwunden und die Kriegsbühler vereinen. Wir haben bisher gegen diese Werbung freiwilliger Beiträge für Kriegsbücherei nichts eingewandt und übersehen auch heute nicht ihren Vorteil. Aber natürlich ist es notwendig, feste Grenzen zu ziehen; die Sammlungen dürfen nicht der Form halber sein, unter dem sich der Staat seiner Pflicht entzieht. Wenn seine halbamtliche Werbung des Eintommers der infolge Verwundung völlig arbeitslos Gewordenen auf 15 bis 16 Mark für den Kopf fest, so hat das Reich die Pflicht, die Renten anfänglich zu erhöhen. Die Männer, die alles, Gesundheit und Kraft für Deutschlands Sieg haben, auf Almosen angewiesen, ist unbillig. Anders liegt es mit Wüchsern. Hier ist an sich wirklich ein Gelegenheit für die Vaterlandsgeliebten, ihrer Dankbarkeit für die Männer im Felde und ihrem Verständnis für deren Lage durch eine bescheidene Tat Ausdruck zu geben. Auch kann man nach den Erfahrungen früherer Wüchseraktionen für Feld, Standort und Lagerort billigen, daß nicht wieder, sondern G. E. B. gesammelt werden. Unerbittlich man dem Schenker die Auswahl der Bücher, so viele sie oft nach der Marke Lebensgabe aus, die wir bei Kriegsbeginnen an den Ärgernissen. Keiner ist aber der Ausschlag, der von dem eingesammelten Gelde nachher die Bücher kauft, so ungeschicklich zusammengepackt, daß man auch von ihm keine gute Auswahl erwarten darf. Selbstlos funktionelle Vereine, religiöse Gruppen und Selbsthilfsvereine sollen über die Verwendung der eingesammelten Gelder entscheiden. Im Handbuchen wird aus der Volkspolizei Kirchengut und religiöse Erbauungsliteratur. Hindenburg hat auch einmal gemerkt: „Schick ja nicht zuviel Traktätschen und Schläfenheften, sondern recht viel Heiltes“, aber wenn der Präsident des Oberkirchenrats, der Kirchpräsident, die Feldprediger und Feldbrüder sich zusammenschließen, wäre es ja gegen ihre Natur, wenn sie nicht in erster Reihe Erbauungsschriften aufkaufen und verschicken.

Die mitteilenden Buchhändler werden noch Schlimmeres treiben. Im „Buchhändler-Vereinblatt“ hat Heinrich Hoffmann als geeigneten Lebessaft in erster Reihe die Bücher genannt, die wieder weitere Eroberungsziele aufstellen und etwa nach Art der „berühmten“ Flugblätter des Weimarer Reiches gegen den „Scheidemann-Frieden“ mit ihren bunten Wärdengambertellen. Eine ganz einseitige politische Beeinflussung, von der man sich vollkommen irrig eine Stärkung des deutschen Kampfes erhofft, wird mit dem Gelde der Volkspolizei betrieben.

Die Beteiligung an einer Geldsammlung kann also Fremden und Anhängern des Verfallens nicht empfohlen werden. Aber mit dieser Warnung, mit dem bloßen Fernbleiben und Nichtstun dürfen wir uns nicht begnügen. Die Lösung: Schick Lebessaft ins Feld! muß auch in unsere Reihen erschallen. Vor allem gehören die Parteiblätter hinein in die Front und in die Stuppe. Die Feldausgaben großer bürgerlicher Blätter, insbesondere Illiger Hof- und Gehwäter, messen ihre Auflage nach Bekanntheit. Technik bessere Organisation, nicht etwa Überernennung ihres Bediensteten mit den Empfindungen der Kämpfer, hat ihnen dazu verholfen. In vierter Reihe können wir endlich so weit aufgeräumt sein, das Verfallene ein wenig nachzulassen.

Mit den Parteiblättern sollen die Parteischriften gehen, die vielen 10-Pf.-Heften, die während des Krieges erschienen sind, die ausgedienten Arbeiten, die jetzt der Partei vorhanden herausgibt, die 10-Pf.-Hefte der Schriftreihe „Kriegsprobleme der Arbeiterklasse“ des Verlags für Sozialwissenschaft, die Bücher von Lenks, Hämisch, David, Heimr. Schulz, Max Cohen, Aug. Winnig u. m. Dann auch ältere Arbeiterbücher, namentlich solche, die in das Wesen unserer Bewegung einschließen, und bei denen an gemeinverständlichen Darstellungen, die zugleich ernste Werte haben, allerdings großer Mangel herrscht.

Endlich, und vor allem leichter Interhaltungsstoff. Hier ist die Auswahl guter Bücher, selbst billigen Preises, in den kleinen Kleinsten, den Schaffstein-Bänden, der kleinen Bücherei des Inselverlags, der „Welt“ usw. unendlich groß, und es gilt als einzige Regel, nur das zu spenden, was man selbst gelesen, und woran man selbst beständiges Vergnügen gehabt hat. In dieser Reihe sollen Bücher fürs Feld gekauft werden. Da aber nichts geschieht, was nicht organisiert wird, sollen wir auch unsere Sammlung planmäßig betreiben. Die zunehmende Zahl der Feldpost-Bezieher unserer Parteipresse, und der steigende Erfolg der „Sozialdemokratischen Weltpost“ beweisen das Bedürfnis. Erfüllen wir es durch eine wertvolle Volkspolizei guter Bücher, nur geundeter Gedanken, lebensvoller und lebensvoller Stimmungen.

## Notizen.

**Neue Bundesratsverordnung.** Der Bundesrat hat den Reichstangler ermächtigt, die Erzeugung, die Fortleitung und den Verbrauch von Elektrizität und Gas sowie von Dampf, Druckluft, Heiß- und Reibungsmotoren zu regeln. Er kann Ausnahmen von der Erzeugung, die Fortleitung und den Verbrauch dieser Betriebsmittel erfordern. Der Reichstangler kann die ihm nach dieser Verordnung zugehenden Befugnisse durch eine seiner Aufsicht unterstehende Stelle ausüben.

**Wehr gesundheitliche Vorbeugung.** Eine Vollversammlung der deutschen Landesversicherungsanstalten tagte am Sonntag in Heidelberg. Sie beschäftigte sich mit der Beratungsstelle für Geschlechtskrankheiten und mit dem Selbstschutz. Um einen Abwender der Geschlechtskrankheiten zu vorbeugen, erordnete sie die Vermählung einstimmig für dringend erforderlich, die Behandlung Geschlechtskrankter durch Währungsärzte oder auf schriftlichem Wege durch Reichsgesundheitsräte. Der Schutz vor Geschlechtskrankheiten soll durch einen gesundheitlichen Ausbau der Sozialversicherung behoben werden. Es sollen die wirtschaftlichen Räte der lindernden Familien, darunter insbesondere auch die Wohnnützler, gemindert werden.

Eine neue Kreditvorlage. Der „Schlesischen Zeitung“ zufolge werde dem Reichstag wahrscheinlich als einzige Vorlage der ersten Sitzungsperiode des Reichstages in Höhe von 15 Milliarden ausgehen. Vorbereitungen zu anderen Entwürfen seien vom Bundesrat nicht getroffen. Man rechne mit einer Tätigkeit des Reichstages von 8 bis 10 Tagen.

Der umfangreiche unter dem Getreidebeschleunigungsplan. Die bisher die Wiener Gerichte beschäftigt haben, hat am Montag vor der ersten Instanz des höchsten Landgerichts begonnen. Die Anklage richtet sich gegen den Kaufmann Leopold Ragenellenbogen aus Charlottenburg, der sich wegen zahlreicher Vergehen gegen die Kriegsverordnungen über Futtermittel und Nahrungsmitteleinzelhandel wegen Verstoßes gegen die Kriegsverordnungen zur Verantwortung hat. Ingesamt werden dem Angeklagten 124 Straftatfälle zur Last gelegt, bei denen er 1 Million Mark Gewinn gezogen hat.

Verwirklichung der Sozialistischer Konferenz. Das Informationsbüro des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrats teilt mit: Die internationale sozialistische Konferenz wird auf Wunsch der französischen Genossen, die nicht rechtlich ankommen können, aufgeschoben und ein neues Datum hat Verhandlungen mit der französischen Partei und den anderen Parteien festgelegt werden.

Die russische Regierung erwirbt die Eisenbahn. In Stockholm kamen aus der Schweiz 2000 Aktien an, die nach Ansicht zurückzuführen mochten, größtenteils Frauen und Kinder. Der weitere deutsche Reichstag aber von der provisorischen Regierung in Petersburg Schwerkriegszeiten bereit werden, so wurden die Aktienbesitzer in Stockholm untergebracht.

Aufnahme der Wahltagung in Dänemark. Der Feldzug der Konventionen und Einflüsse gegen den sozialistischen Minister Stanning, der zum Austrittsgegenstand der Vertreter dieser beiden Parteien, Notthoff und Christensen, im Ministerium geführt hat, bringt die Möglichkeit von Neuwahlen in Dänemark wiederum nahe. Die Sozialdemokratie ist sofort in den Wahlkampf eingetreten und hat die Organisationen und Mandatäre der Parteien aufgefordert, die Wahlberechtigung unverzüglich anzunehmen. Am 23. d. M. haben die Sammlungen für den Wahlkampf begonnen. In einer Verammlung unter freiem Himmel, welche die sozialdemokratische Organisation des Kreises Nordstedt einberufen hatte, hielt Vorsteher eine Rede über die Friedensbewegung und die gegenwärtige Lage Dänemarks. Die Verammlung sprach einstimmig für Erhalten darüber aus, daß die Konventionen das Exempelverbot von vorigen Jahre gebrochen hätten und verprüd, die Partei im Wahlkampf mit aller Kraft zu unterstützen, um einen neuen Reichstag zu schaffen, der die Neutralität aufrechtzuerhalten und die großen Ideale der Abrüstung und des Schiedsgerichts fördern könnte.

Unruhen in Island. Holländische Blätter berichten: In Gosgriffen Sinnfeiner ein Vorwärtsbureau an. Dadurch wurden, wie Heuter meldet, Leute, deren Wüter und Schone an der Front stehen, empört. Es kam zu Aufrufen mit der Polizei. Truppen erschienen mit Maschinengewehren. Da die Menge mit Steinen ein Bombardement auf die Polizei erwiderte, mußte die Polizei Schüsse abgeben. Ein Mann wurde getötet, zwölf andre wurden durch Bajonettschläge verwundet. Im Winternacht war die Ruhe wieder hergestellt.

Ein Triumph der Kriegskriegskrieg. Im allgemeinen werden verlorene Gefechten stets durch Müdigkeit oder Reuelehen erklärt, deren Darstellung im Verlauf des Krieges außerordentlich vorzuziehen wurde. In einzelnen Fällen aber verändern die Werte natürliche Erklärungen heranzustellen, was vorläufig selten und berechnungswertig nur bei Heinen Schäden möglich ist. So eine beim Unfall von Runggen und Jelen. Vor Jahren gelang es beispielweise einem italienischen Arzt Nicolini, einen künstlichen Daumen zu schaffen, indem auf den Daumenstumpf eine amputierte Hand gesetzt wurde. Einen einzig des liebenden Erfolg erzielte aber neuerdings, wie in der „Landschau“ mitgeteilt wird, der deutsche Arzt Dr. Neubauer in Angolstadt, indem er nämlich den natürlichen Daumenstumpf ohne Amputation eines anderen Gliedes bewerkstelligte. Er verpflanzte ein Nippentisch des Patienten in eine Hülle der Hauthaut, um dann beides mit dem Daumenstumpf aufzunehmen und so lassen, worauf ein kleiner Schnitt zur Trennung vom Daume genigte. Der neue Daumen heilte gut an, und heute ist der betreffende Patient ein Arbeiter, tätig, der Daumen, der aus in seiner Bewegung und seiner Stellung zu den andern Fingern einem sehen gleich, in jeder Beziehung vollwertig zu benutzen.

## Depeschen.

**28 500 Tonnen im Mittelmeer versenkt.**  
R. L. B. Berlin, 25. Juni. (Antlisch.) Unter Mittelmeer-L. Posten haben neuerdings 10 Dampfer und 9 Segler in insgesamt 28 500 Bruttoregister-tonnen versenkt. Unter diesen Schiffen befanden sich der englische bewaffnete Dampfer „Kallunburg“ (1500 Tonnen), der italienische bewaffnete Dampfer „Zerr“ (5567 Tonnen) und ein unbekanntes feindliches Schiff von 4000 Tonnen. Die Ladungen aller versenkten Schiffe waren für Ägypten bestimmt und enthielten 9400 Tonnen Kohle, 7100 Tonnen Eisen, 5800 Tonnen Treiböl, ferner Schlangentisch, Olivenöl, Gedüfte, Salz, Wein, Benzol und Schwefelstein.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

**Weitere 24 000 Tonnen versenkt.**  
R. L. B. Berlin, 25. Juni. (Antlisch.) Neue U-Boote-Erfolge im Englischen Kanal, im Atlantischen Ozean und in der Nordsee: 24 000 Bruttoregister-tonnen. Unter den versenkten Schiffen befanden sich ein englischer Frachtdampfer, ein großer, tief beladener, durch Herforder gesenkter englischer Landdampfer, ein bewaffneter Dampfer von 6000 Tonnen Ladung anheissen Stidagur, der aus Gletsching herausgeschossen wurde, sowie zwei bewaffnete Dampfer, von denen der eine Palmöl und Saffranan geladen hatte. Ein weiterer versenkter Dampfer hatte Grundholz als Ladung.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

## Vanderveelde vor den Sowjets.

Kopenhagen, 25. Juni. Die Petersburger Telegrammagentur verbreitet folgendes:  
In der Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats wurden, worin die Besprechung der Kriegsziele beendet wurde, ergriff

Vanderveelde das Wort zu folgender Erklärung: „Wir stimmen mit Euch über die Kriegsziele vollkommen überein. Wir wissen jeden Krieg, ob auch einen Weltkrieg, mit einem Krieg reichhaltiger Bereidigung. Aber es herrscht Meinungsverschiedenheiten über die Mittel und Wege. Ihr habt über den Determinismus ein Ende gemacht und befindet Euch im glücklichen Zustand des Freiheitsraums. Wir sind vor dem Krieg frei geworden, jetzt sind wir Brüder, die besitzigen Arbeiter, die Arbeiter des Krieges. Wirde, Ihr eben heute die Welt, so würdet Ihr die gleichen Gefühle haben wie die Belgier. In die Freude, die die russische Revolution in Belgien hervorgerufen hat, mischte sich die Kräfte, ob die russische Revolution fertig sei, die ihr geteilten Aufgaben zu lösen. Aber nach dem, was ich gesehen habe, nehme ich beim Verlassen Belgiens einen glücklichen Eindruck mit fort. Wir grüßen den Arbeiter- und Soldatenrat mit dem selben Vertrauen in die russische Revolution und in der Überzeugung, daß sie die ganze Welt befreit haben.“

Der Präsident des Konventes erwiderte: „Die russische Demokratie ist sich der Leiden Belgiens und des belgischen Patriotismus bewußt. Sie wissen ebenso wie wir, welcher Weg zum schließlichen Frieden führen kann. Sie verstehen die Bedeutung des Kampfes für den allgemeinen Frieden. Ausland ist nur von einem Gesicht erfüllt. Es weiß jeden Frieden zurück, der nicht auf den ihm genannten Grundlagen beruht. Die Freiheit Belgiens ist uns ebenso teuer wie die Interessen der russischen Demokratie.“

## Benigelos an der Macht.

R. L. B. Paris, 25. Juni. Hovas meldet aus Athen: Ministerpräsident Saimis gab dem König den Wunsch zu erkennen, ihm die Entlassung des Königtums zu überreichen. Zu seiner Unterstützung mit Saimis erklärte der König sein Einverständnis, Benigelos die Sorge für die Bildung des neuen Ministeriums anzuvertrauen.

R. L. B. Paris, 25. Juni. Hovas meldet vom 24. Juni aus Athen: Saimis richtete an Saimis eine Note, worin er, unter Hinweis auf die in der Note der Mächte auseinandergerückten Erwägungen über die Verfassungsmäßigkeit der gegenwärtigen Kammer, die Regierung zur Einberufung der aufgestellten verfassungsrechtlichen Kammer auffordert. Saimis, der nach seinen, dem Lande und dem König geleisteten Diensten seine Aufgabe als Landesrat ansetzt, möchte im Interesse der Wohlthat des Landes zur Verbringung und Verbringung des neuen Kabinetts Benigelos wird am Dienstag oder Mittwoch verzeig.

## Russische Kriegsgewinnsteuer.

R. L. B. London, 25. Juni. Reuters meldet aus Petersburg: Der russische Finanzminister hat der vorläufigen Regierung Vorschläge unterbreitet betreffend die Erhöhung der abgelaufenen Einkommensteuer bis auf 30 Prozent für Einkommen, die 400 000 Rubel übersteigen, sowie betreffend die Einführung einer Kriegsgewinnsteuer von 70 bis 90 Prozent.

## Die amerikanische Blockade.

R. L. B. Washington, 25. Juni. (Reuters.) Wilson hat durch eine Ausführungsverordnung einen Besatzungsamt zur Durchführung der Blockademaße von Lebensmitteln und des Spionagegeheimnisses geschaffen, wodurch die Vereinigten Staaten in den Stand gesetzt werden, zahlreiche Schritte zur vollständigen Fortführung des Krieges zu unternehmen und zu verhindern, daß Lebensmittel durch Vermittlung der Neutralen nach Deutschland gelangen. Der Besatzungsamt wird aus den Staatsfreiheiten des Handels, der Unverletzlichkeit und der Lebensmittelverwaltung bestehen. Ein Plan zur Realisierung der europäischen Neutralen ist angeordnet worden und soll in der nächsten Zeit ausgeführt werden. Die ersten Waren, auf die das neue Gesetz angewandt werden soll, werden Kohlen und Getreide sein.

## Luftpostdienst.

R. L. B. Rom, 26. Juni. (Agentur Stefani.) Der regelmäßige Luftpostdienst nach Sardinien beginnt am 27. Juni von Genua aus. Er unterzieht dem Munitionsmittel.

## Französischer Angriff

R. L. B. Großes Hauptquartier, 6. Juni 1917. (Antlisch.)

### Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.  
Längs der Front bestärkten sich die Artillerien, festzuhalten über großen Munitionslagern. Wegen der Infanterie-Einheiten, meist zur Vorbereitung von Grundungsarbeiten, die mehrfach zu Grabentiefen führten.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.  
Bei Baugellen lag hartes französisches Feuer auf den seit den Rängen am 20. und 21. Juni feind in unterer Hand befindlichen Gräben.

Nach lebhaftem Feuerkampf griffen die Franzosen nordwestlich des Gehäts Durteville die von uns neulich gewonnenen Stellungen an. Der Gegner drang zwar höher vor, seine Sturmtruppen in unserer Fronten, an einzelnen Stellen in untere Linien. Sofort einsetzender Gegenangriff warf ihn zum größten Teil wieder hinaus. Die Artillerieintensität war auch in anderen Abschnitten der Front, und Champagne-Front bei guter Sicht recht lebhaft. Einziges Störungs-Internehmen südlich von Zahne führte zum beachtlichen Erfolg.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.  
Nichts Besonderes.

Mittlerer Freiheit von Nisthofen hat in den beiden letzten Tagen seinen 34. bis 35. Juni. Altm. erbeidet getieren seinen 30. Gegner im Luftkampf befeigt.

### Ostlicher Kriegsschauplatz.

Südbahn von Luz und zwischen Strpa und Injeht hält die ege Geschwindigkeit an. Nächstes wurden russische Streitstellungen verlegt.

### Mazedonische Front.

Die Lage ist unverändert. In Fortschritten bestielten Bulgaren die Dordnach.

### Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.



# Beilage zur Volksstimme.

Nr. 23.

Halle, Mittwoch den 27. Juni 1917.

1. Jahrgang.

## Halle und Saalkreis.

Halle, 27. Juni 1917.

### Unsre Leser

(sien noch in besondern darauf aufmerksam gemacht, daß wir alle Lebensmittelverteilungen nach am Tage der amtlichen Bekanntmachung an dieser Stelle unter Angabe der städtischen Nahrungsmittelverkäufe ankündigen. —

### Ortsbehörde und Reichsstelle.

Zu schweren Anklagen gegen eine unserer vielen Reichsstellen, die für Gemüse und Obst, ist es jetzt in einer Sitzung des Lebensmittelaußschusses und der Preisprüfungsstelle von Magdeburg gekommen, Alagen, die ganz allgemeine Bedeutung haben, auch wenn dabei nicht noch besonders auf die genau so liegenden Verhältnisse der ganzen Provinz Sachsen Bezug genommen worden wäre.

In Magdeburg ist genau so der Preiswucher und das Aufkaufverwehen eingetretten wie anderwärts. Der Polizeipräsident nun der sämtliche Beschwerden darüber hat prüfen lassen, glaubte sagen zu können: „Bei den Preisübersteigerungen sei festgestellt worden, daß es sich um ausländische Ware gehandelt habe, die Händler seien somit zur Förderung eines höheren Preises berechtigt gewesen. Das Aufkaufverwehen sei in der dortigen Wochenmarkt besetzt hätten, müße er nach den Ergebnissen der Untersuchungen bestreiten.“ Dazu ließe sich nun allerlei sagen, doch das sei einmal bei anderer Gelegenheit. Wichtiger ist, was daraufhin an grundlegenden Alagen vorbracht wurde.

Der Vorsitzende dabei war der Stadtrat Professor Landberg. Er betonte, daß der Magistrat für die Ernennung der Einwohnerwahl Magdeburgs das möglichste tue, darauf bürge sich die Bevölkerung verlassen; vieles aber scheitere an den Maßnahmen der Zentralstelle in Berlin. Mit Bezug auf die Mischlinge auf dem Obstmarkt bemerkte er, daß man infolge der Dürre zwar mit einer geringeren Ernte rechnen müßte, die Hauptschuld liege jedoch in dem Mißverhältnis der Preise zwischen Magdeburg und Berlin. Mit Zustimmung der Reichsstelle für Gemüse und Obst sind für Berlin wesentlich höhere Erzeugerhöchstpreise festgesetzt worden als in der Provinz Sachsen. Bei einer solchen Preispolitik könnten die Maßnahmen des Magistrats wenig nützen. Ein nach Berlin gerichteter Protest wäre bisher vollständig erfolglos geblieben. Der einzige von der Stadt gestellte Oblieferungsvertrag sei ihr von der Reichsstelle nicht genehmigt worden, mit dem Bemerkens, daß das Obst der Marmeladenbereitung vorbehalten bleiben müßte. Gemüseanbauerträge dagegen seien der Stadt gestattet worden. Der oft gemachte Vorschlag, die Erzeuger zu kontrollieren, sei schwer durchzuführen, das Recht bliebe ihnen, doch ihre Ware nach Berlin zu schaffen.

Genosse Stadtrat Reims erklärte, daß das Grundübel darin läge, daß kein einheitlicher Preis für das ganze Reich festgelegt sei. Alle hier getroffenen Maßnahmen müßten ihren Zweck verfehlen, wenn sie von der Zentralstelle in Berlin durchgesetzt würden. Er schlug vor, das Material zu sammeln und dem Reichstagspräsidenten für Magdeburg einzuhandeln, damit die Angelegenheit auch einmal in Reichsangelegenheit zur Sprache gebracht würde.

Schließlich wurde auch der Vorschlag des Genossen Reims angenommen, so wenig Erfolg sich trotz alledem der erste Ankläger, Stadtrat Landberg, davon vertrappt.

Damit ist zweifellos das Grundübel unserer ganzen Nahrungs-

ungsmittelpolitik aufgedeckt worden. Tatsächlich führt die ungleichmäßige Preisgestaltung in den verschiedenen Landesstellen dahin, daß alle hier in Frage kommenden Lebensmittel nach dem Orten mit höheren Preisen abwandern, was so genug wieder dazu führt, daß sich die so entblößten Orte wohl oder übel dazu verziehen müssen, ihre niedrigen Preise den höheren entgegenzusetzen, so daß auch da wieder ein Still den andern treibt. Hier helfen nur radikale Maßnahmen, und dazu gehört in allererster Linie die Festsetzung eines einheitlichen Preises für ganz Deutschland. Solange aber das nicht geschieht, nützen alle Höchstpreise, Preisprüfungs- und Preisüberwachungsstellen, helfen auch alle Maßnahmen an das Publikum, selbst mit einer Kontrolle auszuführen und vor allem sich selbst nicht gegenseitig zu überbieten, ganz und gar nichts. —

## Klarheit und Wahrheit

sind wichtig für jedermann;  
sie sind es noch mehr für die breiten Massen;  
sie sind es am allermeisten für die sozialdemokratischen Männer und Frauen.  
Beides aber ist nur zu erlangen

## durch unsre Volksstimme

### Rechtfertigung der Preisprüfungsstelle.

Von amtlicher Stelle werden wir um die Aufnahme folgender Äußerung gebeten:

„Ihr die Tätigkeit der hiesigen Preisprüfungsstelle sind in letzter Zeit in der Öffentlichkeit, insbesondere auch durch einen Zeitungsbericht über eine Sitzung des Beamten-Ausschusses, Krowitzky erhoben worden, die nur auf Unkenntnis der Verhältnisse beruhen können und die öffentliche Meinung irreführen müssen. Der einmal einen Blick in die Arbeit der Preisprüfung getan hat, der weiß, daß die Tätigkeit der Stelle in der Bekämpfung des Preiswuchers außerordentlich umfangreich und vielseitig ist, daß sie die Preisbildung der wichtigsten Bedarfsartikel ständig überwacht, in besonderen, regen Verkehr mit der Polizei, den Gerichten, auswärtigen Preisstellen und so weiter führt, zahllose Erhaben ihrer Behörden erledigt und ebenso viele Anfragen aus dem Publikum beantwortet, und zwar in ihrer Fälligkeit mit ihren sachverständigen Mitgliedern und sonstigen Sachkundigen, und daß sie mit dieser ihrer Arbeit in vielen Stunden von Fällen zur Feststellung von Übererhebungen der Preiswucher-Gebote und zur Bekämpfung der Schuldigen betrautet ist.“

„Daß diese ihre umfangreiche Tätigkeit in der Öffentlichkeit wenig hervorritt und daß auch Maßnahmen der Preisprüfungsstelle verhältnismäßig selten notwendig werden, liegt in der Natur der Tätigkeit der Stelle, zum Teil auch daran, daß Entender von Anfragen in der Regel keine Nachfragen über den Erfolg ihrer Anfragen erteilen. Derartige Nachfragen zu geben, ist der Preisprüfungsstelle schlechterdings unmöglich, da hierdurch die ohnehin sehr große Arbeitslast erheblich erhöht würde und die ihr zur Verfügung stehenden Kräfte hierfür nicht ausreichen. Es möge aber die — bei den behördlichen Charakter der Stelle eigentlich überflüssige, trotzdem schon öfter notwendig geordnete — Versicherung hier wiederholt werden, daß die peinliche gewissenhafte Durchführung jeder ordnungsmäßig vorgebrachten Beschwerde oder Anfrage eben durch die behördliche Eigenschaft

der Preisprüfungsstelle jedenfalls gewährleistet ist. Anonyme Anfragen finden natürlich keine Beachtung.“

„Herrigen ist es häufig nicht zu bemerken, daß bei der Sozialisten, die sich der Entscheidung mehr füllen und ihrer Verfolgung bis auf den letzten Grund, oft über viele ausdauernde Zwischenfälle hinaus, nicht selten entgegenstellen, bis zur letzten Entscheidung längere Zeit vergeht. Es darf daher zum Beispiel aus der Tatsache, daß gewisse Wochen, die Monate verstreichen, bis eine Anzeige zur gerichtlichen Entscheidung kommt, nicht geschlossen werden, daß die Sache nicht die gebotene Beschleunigung erfahren hat. Der aus dem Beamten-Ausschuss hervorgehende Vorwurf einer „schlecht mangelhaften Erledigung von Beschwerden“ ist daher mindestens übertrieben und hätte nicht ohne eine vorherige Klärung bei der Preisprüfungsstelle oder ihrem Vorstehenden öffentlich erhoben werden dürfen!“

„Ander von neuem aber mit betont werden, daß die Preisprüfungsstelle weder berufen noch imstande ist, alle Fälle des Preiswuchers zu erfassen und jede Preissteigerung unmöglich zu machen. Jeder Veränderte wird es weder verlangen noch erwarten, sondern erkennen, daß die Hilfe des Publikums immer der beste Schutz gegen Übererhebungen ist, und daß so lange nichts Wirksameres erreicht werden kann, als der größere Teil der Verbraucher auch die unbilligen Preise freiwillig und unüberprüfbar bezahlt. Dabei soll ganz ausgehoben werden, daß die Schuld an unbedeutenden Preisforderungen oft nicht beim öffentlichen Kleinhandel liegt, sondern daß diese hohen Forderungen ihren Grund in Übererhebungen der Kleinhandeler durch die oft auswärts befindlichen Großhändler und Erzeuger haben. Aber auch hier würde der Schaden nicht so groß werden, wenn der Handel, Klein- wie Großhandel, etwas mehr von der Sorge getrieben würde, er könne etwas beschaffen, und wenn er sich die unangünstigsten Preise für die minderwertigste Ware gönnte, nur um Ware im Laden zu haben, mog sie nun der Allgemeinheit nötig und von Nutzen sein oder nicht.“

### Städtischer Nahrungsmittelverkauf.

Ausland-Güter: Donnerstag den 28. Juni 1917, vormittags 8-12 Uhr. 17001-18500, nachmittags 2-6 Uhr Nr. 7001 bis 21000 der neuen Lebensmittelzeitschrift, 3. Berlin 2. Stadt.

Einheimische: Donnerstag den 28. Juni, vormittags 8-12 Uhr Nr. 1-17000, nachmittags 2-6 Uhr Nr. 7001-14000 der neuen Lebensmittelzeitschrift in der Zollamtstraße. —

„Höchstpreise für Obst und Gemüse werden vom Magistrat in der heutigen Nummer unserer Wochenschrift bekanntgegeben. Die strengste Einhaltung solcher Preisfestsetzungen zu überwachen, dazu sind die Verwaltungsbehörden erst neuerdings wieder von ganzlicher Stelle aufgefordert worden. Obst und Gemüse seien gerade in den jetzigen Wochen und Monaten für die Volksernährung von besonderer Bedeutung. Deshalb müße erreicht werden, daß die Versorgung nicht zu übermäßigen Preisen erfolge, daß vielmehr die festgesetzten angemessenen Höchstpreise von allen Beteiligten streng eingehalten würden. Die Behörden werden angewiesen, jede Überbreitung zur Anzeige zu bringen. Jede der Verbraucher müsse es sein, auch ihrerseits etwaigen unangünstigen Preisforderungen in der nötigen Weise entgegenzutreten. Das sollte sich jedermann zu Herzen nehmen, damit nicht durch eine übertriebene Einkauferei mit gegenseitiger Preisüberbietung wieder verdohten wird, was amtliche Stellen durch Höchstpreisfestsetzungen erreichen wollen, nämlich, eine weitgehend halbwegs anständige Preisgestaltung der Produzenten und Händler.“

„Schweizer Milchzeigen, etwa 40 Stück, werden von der Landratsamtstammer am Donnerstag vormittag 10 Uhr letzter Etage 20 verkauft, und zwar meistbietend gegen Barzahlung. Die Restante mögen sich dortin wenden.“

„Die räumlichen Räume des Stadtsaals sind vom nächsten Freitag an wieder geöffnet. Die nächsten Besetzungen können aus einer amtlichen Bekanntmachung in der vorliegenden Nummer unserer Wochenschrift erfahren werden.“

## Notes Flamenblut.

Aleman von Pierre Woodboorens.

Einzige autorisierte Uebersetzung von Johannes Schlafer. (Z. Jolyung.)

„Eine bald feutzende, bald schreiende, bald ungestüme, bald geistvolle Musik zog den Mann unwiderstehlich an. Die Leidenschaftlichkeit und die Sehnsucht, das melancholische Schmachten und die Mühseligkeit, all das wilde und naive Gemüwe der flämischen Ziehharmonika brach mitten aus allem ausgefallenen Treiben hervor.“

„Waschen wir uns an die Mädels ran!“ Das Trinken hatte Floßli wieder kindlich-bergnigt gemacht. Er hatte schon ein Duzend großer Gläser, von denen er sieben im Zweige genommen hatte, hinter der Binde. Bevor er in den „Aufstigen Aufenthalt“ eintrat, hieb er mit der Rechten vor sich hin in die Luft und probierte einen Sophr.“

Eine dicke, rötliche, beizende Dampfwolke erfüllte ein kleines, niedriges Zimmer. Langsam drehten sich auf dem Estrich etwa zehn Paare in dem engen Raum herum, den die längs den Wänden aufgestellten Bänke frei ließen. In halber Höhe fiel aus zwei Fensterlücken von der einen Seite her mattes Licht in das graue Halbdunkel des Lokals. Ein Hintergrund, in der Ecke zur Rechten, sah auf einem Tisch der Harmonika-Spieler und stampfte mit offensichtlich befriedigtem Selbstbewußtsein mit dem Fuß und wadelte mit dem Kopf. Der Mann erkannte sofort den alten Süffel Malewens.“

„h Abend, Trottel!“ Seine Stimme durchdrang den Lärm und schredete Malewens aus dem Dufel auf, in den ihn der hüpfende Rhythmus seiner Langzeitigen geniet. Und unbekümmert mit den Ellbogen sich durch das Gedränge arbeitend, wogelnd, brach Floßli sich Bahn zu dem Begehrten hin, dessen Stuhl auf dem Tische stand zwischen einer ansehnlichen Batterie leerer Biergläser.“

„Na, wie geht's heute?“

Der Mann zwinkerte mit den Augen und legte Malewens seine mächtige Loke auf den Schenkel. Dann gab er sich einen Schwung und setzte sich auf den Tisch.“

„Mit glasigen Blick schaute Malewens aus. Seine beiden blauen Lippen bewegten sich ein Weßchen, ehe er sich anschickte, die Frage des Wirtchen zu beantworten, der ihn, mit den Beinen baumelnd, halb vertraut, halb höhnisch anah.“

„Endlich grünte er und sagte: „Brüderchen... Er spielt nicht la... lange, aber er liegt gut, nicht Du?“

Schallendes Gelächter begrüßte diese mit ziemlich schwerer Junge mühsam herausgehohlenen Worte. Zurufe und rauhe Witze grölten tie dem anwesendsten Malewens zu. Man hörte er gerade auf zu spielen und forderte, bevor er wieder anfing, mit dem Dufst eines Verdammten einen neuen Schoppen.“

„Brüderchen, Vämmchen, zeig mir wenigstens Deine Liebsche, daß ich eine Bolka mit ihr schmecke.“

„Gah sie zu Hause gelassen. Na, wahrhaftig, Geliebter. Sie wird sich wohl 'nen Kaffee machen.“

„h ordentlicher Rauf davon würde Dir auch nicht schaden.“

„Dir auch nicht.“

„Kann schon sein.“

„Mebrigens, Souße Floßli, ich will Dir mal was sagen, he.“

„Sprich, Bruderzehl!“

„Du solltest heiraten.“

„Das stimmt!“ riefen mehrere Männer. Die Bäuerinnen freuten laut. Einige bissen sich auf die Lippen und strichen ihre Kleider glatt. Andre brachten mit beiden Händen das Kunstwerk ihrer pomadisierten Haare in Ordnung.“

„Gah auch schon dran gedacht, Malewens,“ gestand Floßli.“

„Du wirst alt... Einen Schottischen!“ unterbrach er sich kurz. Er wuschte sich den Mund und schob die Hände in die Beiden seiner beiden Griffretter.“

„Schaff mir 'n Weib. Ich hab' Dir was.“

Malewens zuckte geringfügig die Achseln.

„h gibt ihrer mehr als genug. Du,“ sagte er, beugte sich zu ihm und stieß ihm mit einem aufmunternden Schwänzen in die Seite: „Was meinstu zu der da. Kennst sie nicht? Gute Kaffee, Junge!“

Bei den ersten Tönen fingen die Paare an, plump und grotesk wie die Gänse zu wackeln.

Souße Floßli, der sein Glas geleert hatte, wandte der Kopf nach der Richtung, nach der der Harmonika-Spieler gezeigt hatte.“

Aufmerksam zog er die Frauen hoch.

Ein schönes mittelgroßes Mädchen in einem arzenen Rock und einer Bluse aus meerrünem Satin sah ganz allein auf der Bank unter einer der Fensterlücken, den Blick fest auf ihn gerichtet. Ihre vom letzten Tanze noch hochatmende Brust hob und senkte das Nieder. Von Zeit zu Zeit wies sie sich mit dem Zeigefinger die Lippen. Aber ihre beiden Augen ließen nicht von Souße ab.“

„Ja! Ja!“ antworteten sie auf die leidenschaftliche Frage des Mannes.“

Eine Blutwelle stürzte Floßlis Baden. Seine Lider zuckten. Floßli sah er einen Entschluß. Er trat auf sie los, seine Augen unablässig in die ihrigen tauchend.“

Sie sah ihn kommen. Ein unbestimmtes Lächeln flammte ihre sinnlichen Lippen, die ein dunstiger Flaum beschattete. Sie hatte eine gleichgültige Miene angenommen; und während er, vor ihr aufgeklappt, in Verlegenheit war, was er ihr sagen sollte, wandte sie ihre Aufmerksamkeit angelegentlich den Spitzen ihrer zierlichen gelben Lederhandschuhe zu und gedrückte nachlässig ihr Lothentuch zwischen ihren feuchten Händen.“

(Fortsetzung folgt.)

